S 4 AL 178/00

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht

Sachgebiet Arbeitslosenversicherung

Abteilung 11
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Rechtskraft -

Deskriptoren Ruhen des Arbeitslosengeldanspruchs

andere Sozialleistung

Altersrente

ähnliche Leistung öffentlich-rechtlicher

Art

Ruhegehalt von Soldaten nach

StrKrPersStruktG

Verfassungsmäßigkeit

Leitsätze 1. Das Ruhegehalt das Soldaten auf

Grund des Personalstrukturgesetzes-Streitkräfte beziehen ist eine der

gesetzlichen Altersrente vergleichbare

öffentlich-rechtliche Leistung.

2. Die Anwendung der Ruhensvorschriften

der § 142 Abs 1 Nr 4 und § 142 Abs 2 Nr 3

Buchst b SGB III ist auch dann nicht

verfassungswidrig wenn auf Grund eines

Versicherungspflichtverhältnisses

Beiträge zur Arbeitslosenversicherung

entrichtet worden sind

aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur sozialversicherungsrechtlichen

Behandlung von Einmalzahlungen lässt

sich Gegenteiliges nicht herleiten.

Normenkette SGB III § 142 Abs 1 Nr 4

SGB III § 142 Abs 2 Nr 3 Buchst b

SGB III <u>§ 25 Abs 1</u> SGB III <u>§ 27 Abs 1 Nr 1</u>

GG Art 3 Abs 1 GG Art 14 Abs 1

StrKrPersStruktG § 1 Abs 1

1. Instanz

Aktenzeichen S 4 AL 178/00 Datum 05.09.2001

2. Instanz

Aktenzeichen L 3 AL 21/02 Datum 17.01.2003

3. Instanz

Datum 18.12.2003

Die Revision des Klägers gegen das Urteil des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts vom 17. Januar 2003 wird zurückgewiesen. AuÃ∏ergerichtliche Kosten sind auch im Revisionsverfahren nicht zu erstatten.

GrÃ1/4nde:

Ī

Der Rechtsstreit betrifft einen Anspruch auf Arbeitslosengeld (Alg) ab 29. September 1999; die Beteiligten streiten darüber, ob der Anspruch wegen des Bezugs von Ruhegehalt ruht.

Der am 10. August 1943 geborene Kläger war von April 1963 bis August 1988 Berufssoldat, zuletzt mit dem Dienstgrad eines Korvettenkapitäns. Mit Vollendung des 45. Lebensjahrs wurde er auf seinen Antrag nach dem Personalstrukturgesetz-Streitkräfte vom 30. Juli 1985 (BGBI I 1621) in den Ruhestand versetzt. Er bezieht Ruhegehalt in Höhe von 71 vH der ruhegehaltfähigen Bezüge und hat Anspruch auf Beihilfe im Krankheitsfall in Höhe von 70 vH, im Ã□brigen ist er privat krankenversichert.

Von September 1988 bis zum 31. Januar 1999 war der Kläger als Waffentechniker bei den H werken- AG mit einem monatlichen Bruttoarbeitsentgelt von zuletzt 8.853,00 DM beschäftigt. Während der genannten Beschäftigung wurden Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entrichtet. Der Arbeitgeber kündigte das Arbeitsverhältnis zum 31. Januar 1999 und zahlte eine Abfindung von 194.706,00 DM. Vom 1. Februar bis 31. Mai 1999 war der Kläger mit 140 Stunden monatlich im Auftrag der Firma B tätig.

Nachdem die beklagte Bundesanstalt fýr Arbeit (BA) einen ersten Antrag auf Alg mit Bescheid vom 6. Januar 1999, Widerspruchsbescheid vom 9. September 1999, abgelehnt hatte, meldete sich der Kläger am 29. September 1999 arbeitslos und beantragte Alg. Auch diesen Antrag lehnte die BA mit Bescheid vom 3. November 1999, Widerspruchsbescheid vom 20. Juli 2000, ab. Zur Begründung führte sie aus, der Kläger beziehe ein Ruhegehalt von 3.521,44 DM netto monatlich, was einem Betrag von 812,64 DM wöchentlich entspreche. Das Alg betrage bei einem gerundeten Arbeitsentgelt von 1.980,00 DM wöchentlich nach Leistungsgruppe C und erhöhtem Leistungssatz 790,00 DM. Da das Ruhegehalt den Zahlbetrag des Alg Ã⅓bersteige, ruhe der Anspruch auf Alg in vollem Umfang.

Mit der Klage hat der KlĤger geltend gemacht, Soldaten, die frühzeitig in den Ruhestand treten, mÃ⅓ssten Gelegenheit haben, Versorgungslücken durch Hinzuverdienst auszugleichen. Das schlieÃ∏e die Arbeitslosenversicherung ein. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zur sozialversicherungsrechtlichen Behandlung von Einmalzahlungen könnten die seit 1988 entrichteten Höchstbeiträge zur Arbeitslosenversicherung nicht unberücksichtigt bleiben. Danach sei die Ablehnung von Leistungen bei Arbeitslosigkeit verfassungswidrig.

Das Sozialgericht (SG) hat die Klage mit Urteil vom 5. September 2001 abgewiesen. Das Ruhegehalt begrýnde als eine der Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung ähnliche öffentlich-rechtliche Leistung das Ruhen des Anspruchs auf Alg. Die vom Kläger herangezogene Rechtsprechung begrÃ⅓nde dagegen keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Vielmehr habe das BVerfG die Beitragspflicht in einem mit dem hier zu beurteilenden Sachverhalt vergleichbaren Zusammenhang als verfassungsgemäÃ□ angesehen. Darauf komme es hier im Ã□brigen nicht an, denn Gegenstand des Verfahrens sei ein Anspruch auf Leistungen, nicht aber auf Beitragserstattung.

Mit der Berufung hat der Kläger sein Vorbringen wiederholt und weiter ausgefýhrt, von seinem Ruhegehalt von 3.521,44 DM seien Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung von insgesamt 422,00 DM monatlich, 97,46 DM wöchentlich abzusetzen, sodass sich bei einem Alg-Anspruch von 790,02 DM selbst bei Anwendung der Ruhensvorschrift ein Zahlbetrag von 97,46 DM wöchentlich ergäbe.

Das Landessozialgericht (LSG) hat die Berufung mit Urteil vom 17. Januar 2003 zurĽckgewiesen und ausgefļhrt, dem KlĤger habe zwar dem Grunde nach ab 29. September 1999 ein Anspruch auf Alg zugestanden, dieser habe jedoch in vollem Umfang wegen des Bezugs des Ruhegehalts geruht, um eine Doppelversorgung aus Ķffentlichen Kassen zu verhindern. Ä∏hnlich wie die Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung diene das Ruhegehalt dazu, den Lebensunterhalt des Berechtigten zu gewĤhrleisten. Das Ruhegehalt ļbersteige den Anspruch auf Alg, zumal es für einen Abzug der BeitrĤge zu einer privaten Krankenversicherung keine Grundlage gebe. Der Ausschluss von Doppelleistungen sei nach der Rechtsprechung des BVerfG verfassungsgemäÃ∏. Die vom Kläger herangezogene Rechtsprechung zur versicherungsrechtlichen Behandlung von Einmalzahlungen sei hier nicht einschlägig.

Der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\) ger hat die vom LSG zugelassene Revision eingelegt. Er r\(\tilde{A}^{1}\)\(\tilde{g}\) die Verletzung des \(\tilde{A}\)\(\tilde{s}\) 1 Nr 4 Sozialgesetzbuch \(\tilde{a}\)\(\tilde{D}\)\ Drittes Buch \(\tilde{a}\)\(\tilde{D}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\) Arbeitsf\(\tilde{A}\)\(\tilde{q}\) rderung (SGB III). Das ihm zuerkannte Ruhegehalt sei nicht eine der Altersrente vergleichbare Leistung, sondern eine Teilleistung wie bei vorzeitig wegen Dienstunf\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)\(\tilde{g}\), die bei Erreichen. Es handele sich nicht um \(\tilde{A}\)\(\tilde{f}\)\(\tilde{f}\)\(\tilde{f}\)\(\tilde{g}\), die bei Erreichen einer Altersgrenze gezahlt w\(\tilde{A}^{1}\)\(\tilde{f}\)\(\tilde{g

gemacht, hätte er mit 57 Jahren die Altersgrenze mit dem Höchstsatz von 75 vH, weitere Dienstalterstufen und die Besoldungsgruppe A 14 erreicht. Erst das hätte eine der Altersrente vergleichbare Leistung begrþndet. Das Ruhegehalt nach den Regelungen des Personalstrukturgesetzes-Streitkräfte eröffne die Möglichkeit zu einer zweiten beruflichen Karriere, die durch das vorzeitige Ausscheiden aus dem Dienst entstehende Versorgungslücken ausgleichen solle. Deshalb mÃ⅓sse auch das Risiko der Arbeitslosigkeit gedeckt sein. Da der Kläger nur eine Teilleistung beziehe, könne keine Rede davon sein, dass sein Lebensunterhalt durch das Ruhegehalt gedeckt sei. Die Ruhensvorschrift sei auf eine solche Teilleistung nicht anzuwenden. Andernfalls verletze sie die Art 3 und 14 Grundgesetz (GG). Im Ã□brigen seien dem geltenden Recht Doppelversorgungen nicht fremd.

Der KlĤger beantragt,

die Urteile des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts vom 17. Januar 2003 und des Sozialgerichts Schleswig vom 5. September 2001, soweit es den Bescheid vom 3. November 1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 20. Juli 2000 betrifft, sowie diesen Bescheid aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, dem KlĤger Arbeitslosengeld ab dem 29. September 1999 ohne Anrechnung der Versorgungsbezýge zu gewĤhren.

Die Beklagte beantragt, die Revision zurÄ¹/₄ckzuweisen.

Sie hÃxlt das Urteil des LSG für zutreffend.

Ш

Die Revision ist unbegr $\tilde{A}^{1/4}$ ndet, denn die Entscheidung des LSG beruht nicht auf einer Gesetzesverletzung (\hat{A} § 170 Abs 1 Sozialgerichtsgesetz (SGG)).

- 1. Das LSG ist ohne weitere Ausführungen davon ausgegangen, dem Kläger stehe ab 29. September 1999 grundsätzlich ein Stammrecht auf Alg zu.
- 1.1 Die versicherungsrechtliche Voraussetzung des Anspruchs, wonach während mindestens zwölf Monaten ein Versicherungspflichtverhältnis in der Rahmenfrist von drei Jahren vor der Erfüllung aller sonstigen Anspruchsvoraussetzungen bestanden haben muss (§ 123 SGB III), hat der KIäger auf Grund seiner Beschäftigung von 1988 bis zum 31. Januar 1999 mit einem Arbeitsentgelt von zuletzt 8.853,00 DM erfüllt. Dazu ist klar zu stellen, dass für den Anspruch auf Alg nicht die Beitragsentrichtung, sondern das Bestehen eines Versicherungspflichtverhältnisses, also die Versicherungspflicht maÃ□gebend ist (BSGE 70, 81, 84 = SozR 3-4100 § 104 Nr 8). Diese ergab sich ab 1. Januar 1998 aus § 25 Abs 1 SGB III, denn der KIäger war als Waffentechniker in einem Industrieunternehmen gegen Arbeitsentgelt beschäftigt. Obwohl er als Soldat nach beamtenrechtlichen Grundsätzen Anspruch auf Fortzahlung seiner Bezüge und bei Krankheit auf Beihilfe oder Heilfürsorge hatte, war er nicht nach § 27 Abs 1 Nr 1 SGB III in der Arbeitsförderung versicherungsfrei. Dies ist ein tätigkeitsbezogener Tatbestand der Versicherungsfreiheit, der sich allein auf das

Dienstverhältnis als Soldat bezieht, eine Beschäftigung auf Grund eines privaten Arbeitsverhältnisses aber nicht erfasst (Rolfs in: Spellbrink/Eicher, Kasseler Handbuch des Arbeitsförderungsrechts, 2003, § 29 RdNr 112). Die sozialpolitische ZweckmäÃ□igkeit der gesetzlichen Regelungen zur Versicherungspflicht und Versicherungsfreiheit ist auch unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten nicht Gegenstand gerichtlicher Entscheidung (BVerfGE 53, 313, 330 = SozR 4100 § 168 Nr 12).

- 1.2 Der Kläger hat sich am 29. September 1999 arbeitslos gemeldet und Alg beantragt. Zweifelhaft kann allenfalls sein, ob er danach alle Möglichkeiten genutzt hat und nutzen wollte, um die Arbeitslosigkeit zu beenden. Das ist nach $\frac{\hat{A}\$\hat{A}\$}{118} \frac{118}{118} \frac{118}{118} \frac{119}{119} \frac{11$
- 2. Der Anspruch auf Alg ruht ua wĤhrend der Zeit, fļr die dem Berechtigten Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder Ĥhnliche Leistungen öffentlich-rechtlicher Art zuerkannt sind (<u>§ 142 Abs 1 Nr 4 SGB III</u>). Letzteres trifft hier zu, denn das Ruhegehalt als Soldat auf Grund des § 1 Abs 1 Personalstrukturgesetz-StreitkrÄxfte ist eine der Altersrente Äxhnliche Leistung. Dazu gehĶren Leistungen Ķffentlich-rechtlicher TrĤger, die bei Erreichen einer bestimmten Altersgrenze Entgeltersatz bieten und nach ihrer Konzeption den Lebensunterhalt des Berechtigten im Allgemeinen, nicht notwendig auch im Einzelfall sicher stellen (BSGE 41, 177, 179 = SozR 4100 § 118 Nr 2; BSGE 73, 10, $15 = \frac{\text{SozR } 3-4100 \, \text{Å} \S \, 118 \, \text{Nr} \, 4}{118 \, \text{Nr} \, 4}$. Die genannten drei Merkmale treffen f $\tilde{\text{A}}^{1}$ /4r das Ruhegehalt des Klägers zu. Kennzeichnend für dieses Ruhegehalt ist, dass es auf Grund eines Ķffentlich-rechtlichen DienstverhĤltnisses vom Bund als Dienstherrn nach Erreichen des 45. Lebensjahrs für bestimmte Geburtsjahrgänge Offizieren im Truppendienst gewĤhrt wird und mit 71 vH der ruhegehaltfĤhigen Bezüge den Lebensunterhalt des KlĤgers gewĤhrleisten soll. Dagegen waren Gesichtspunkte der LeistungsfĤhigkeit â∏ wie bei der besonderen Altersgrenze von Strahlflugzeugführern â∏ für die mit dem Personalstrukturgesetz-StreitkrÄxfte eingefļhrte besondere Altersgrenze nicht entscheidend. Sie diente vielmehr dazu, die Altersstruktur der StreitkrĤfte wegen der A⊓berbesetzung bestimmter GeburtsjahrgĤnge zu beeinflussen (BT-Drucks 10/2887 S 4 f). Deshalb erĶffnete sie Offizieren die MĶglichkeit des Eintritts in den Ruhestand, legte aber nicht das Ausscheiden bei Erreichen der Altersgrenze fest. Die HĶhe des Ruhegehalts kommt dem HA¶chstsatz nahe. Der Verzicht auf das Erreichen weiterer Dienstaltersstufen und einer mĶglichen weiteren BefĶrderung rechtfertigt keine abweichende EinschĤtzung.
- 3. Da das dem Kläger zuerkannte Ruhegehalt während der Beschäftigung ohne Rýcksicht auf die Höhe des Arbeitsentgelts gewährt wurde, ruht das Alg nach § 142 Abs 2 Nr 3 Buchst b SGB III nur bis zur Höhe des Ruhegehalts. Die Vorschrift soll gewährleisten, dass der Versicherte jedenfalls Bezýge in Höhe

des Alg erhault. Das Ruhen in vollem Umfang hat das LSG im Ergebnis zutreffend bejaht. Der Senat kann von dem festgestellten Nettobetrag des Ruhegehalts von 3.521,44 DM (= 812,64 DM wA¶chentlich) ausgehen, denn bei richtiger Berechnung fÃxllt der Vergleich mit dem Zahlbetrag des Alg für den KlÃxger noch ungünstiger aus. Bei der Feststellung des zutreffenden Netto-Ruhegehalts ist zwar entgegen der Ansicht des LSG der Beitrag zur Pflegeversicherung, den der KlĤger mit monatlich 84,84 DM beziffert, als gesetzlicher Abzug zu berücksichtigen. Seinen Beitrag zur privaten Krankenversicherung kann er indes nicht absetzen. Aufwendungen zur Krankenversicherung mýssen hier schon deshalb auÃ∏er Betracht bleiben, weil die Voraussetzungen der §Â§ 207 ff SGB III, unter denen Bezieher von Alg einen Anspruch auf A

bernahme der an ein privates Versicherungsunternehmen zu zahlenden BeitrĤge haben, nicht erfļllt sind. Das vom LSG festgestellte wA¶chentliche Ruhegehalt von 812,64 DM ist nach Abzug des wA¶chentlichen Pflegeversicherungsbeitrags von 19,58 DM mit 793,06 DM immer noch hĶher als das wĶchentliche Alg von 790,02 DM. Deshalb kann offen bleiben, dass das LSG als Ruhegehalt den Zahlbetrag einer Bezüge-Mitteilung zu Grunde gelegt, jedoch nicht berücksichtigt hat, dass in diesem Betrag einerseits 250,00 DM Kindergeld enthalten sind, die nicht zum Ruhegehalt zĤhlen, andererseits der Auszahlungsbetrag um den Einbehalt von 400,00 DM gemindert ist, die auf Grund einer als Vorausleistung erbrachten Kapitalabfindung von dem Ruhegehalt einbehalten wurden. Ä\|\text{berdies sind Leistungen nach dem Sonderzuwendungsgesetz vom 23. Mai 1975 (BGBI I S 1238) zu berücksichtigen, da entsprechendes einmaliges Arbeitsentgelt auch bei der Bemessung des Alg zu berücksichtigen ist. Da der Kläger ein über der Beitrags- und Leistungsbemessungsgrenze liegendes Arbeitsentgelt erzielt hat, hat das LSG hier den zutreffend mit 790,02 DM wA¶chentlich ermittelten Anspruch auf Alg nicht nach § 434c SGB III erhöht. Es handelt sich bei dem Vergleich von Ruhegehalt und Alg nach <u>§ 142 Abs 2 Nr 3 Buchst b SGB III</u> nicht um eine Bedürftigkeitsprüfung, sondern um eine typisierende Betrachtung zum Ausschluss von Doppelleistungen aus Ķffentlichen Kassen, die eine Prüfung der Bedürftigkeit schon vom Ansatz her $\tilde{A}^{1/4}$ berfl $\tilde{A}^{1/4}$ ssig macht (BSGE 89, 13, 17 = SozR 3-4300 \hat{A} § 142 Nr 1).

- 4. Der Senat kann sich nicht die Ã□berzeugung bilden, die Anwendung der Ruhensvorschriften des <u>§ 142 Abs 1 Nr 4 und Abs 2 Nr 3 Buchst b SGB III</u> sei verfassungswidrig.
- 4.1 Zwar steht der Anspruch auf Alg als ein auf eigener Leistung des Versicherten beruhendes subjektiv Ķffentliches Recht unter dem Schutz der Eigentumsgarantie des Art 14 GG (BVerfGE 72, 9, 19 = SozR 4100 § 104 Nr 13). Die Ruhenstatbestände zum Ausschluss von Doppelleistungen aus öffentlichen Kassen enthalten jedoch eine dem Grundsatz der VerhältnismäÃ∏igkeit entsprechende Bestimmung des Inhalts und der Grenzen dieses Eigentums durch den Gesetzgeber (BVerfGE 53, 313, 331 = SozR 4100 § 168 Nr 12). Der Kläger hat den Anspruch nur mit dem Inhalt und in den Grenzen erworben, die den §Â§ 116 ff SGB III, einschlieÃ∏lich der Ruhensbestimmungen §Â§ 142 ff SGB III, zu entnehmen sind. Er kann auch nicht mit dem Einwand durchdringen, wegen des Ruhens sei seine Belastung durch die Beitragsentrichtung während des Bezugs von Ruhegehalt nicht verhältnismäÃ∏ig. Gegenstand des Verfahrens ist â∏∏ wie

das SG mit Recht hervorgehoben hat â allein der Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit, nicht die Verfassungsmä Ä igkeit der Versicherungspflicht zur Arbeitsfä ¶rderung. Wä mer diese verfassungswidrig, hä mit der Klä mer erst recht keinen Anspruch auf Alg, weil dieser â im wie zu 1. ausgefä hrt å im Versicherungspflicht wä mer hat der Rahmenfrist voraussetzt.

- 4.2 Wegen ihrer Zielsetzung, Doppelleistungen auszuschlieà en, verstà ¶Ã t die Ruhensvorschrift auch nicht gegen die nach Art 3 Abs 1 GG gewà hrleistete Gleichheit vor dem Gesetz (vgl BVerfGE 53, 313, 331 = SozR 4100 § 168 Nr 12). Zwar umfasst diese nicht nur die "Rechtsanwendungsgleichheit", sondern auch die "Rechtssetzungsgleichheit", aus der sich Grenzen der Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers ergeben kà nnen. Diese besteht indes gerade darin, "diejenigen Sachverhalte" auszuwà hlen, an die er (der Gesetzgeber) dieselbe Rechtsfolge knà ¼ pft, die er also im Rechtssinn als gleich ansehen will (BVerfGE 53, 313, 329 = SozR 4100 § 168 Nr 12; BVerfGE 90, 226, 239 = SozR 3-4100 § 111 Nr 6; BSGE 76, 224, 227 f = SozR 3-8120 Kap VIII E III Nr 5 Nr 4).
- 4.3 Im ̸brigen hat das BVerfG zur Beitragspflicht bei einem vergleichbaren Sachverhalt entschieden, wegen der umfassenden Aufgabenstellung der BA (vgl jetzt: § 3 SGB III) verliere die Unterscheidung beitragsabhängiger und beitragsunabhängiger Leistungen ihre zentrale Bedeutung. Der Gesetzgeber sei bei der Ausgestaltung sozialversicherungsrechtlicher Systeme nicht gehalten, Geldleistungen in voller Ä\(\)quivalenz zu den Beitr\(\tilde{A}\)\(\)gen festzusetzen, zumal die Gesamtleistung an Alg im Einzelfall typischerweise nicht in einer Beziehung zur jeweiligen Beitragsleistung stehe. Die Besonderheit des Risikos der Arbeitslosigkeit und die gemeinsame Interessenlage aller BeschĤftigten rechtfertige es, BeschÄxftigte auch dann der Beitragspflicht zu unterwerfen, wenn ihnen das Alg nicht zugute kommen könne, weil andernfalls eine "Ã∏berversorgung" einträte (<u>BVerfGE 53, 313</u>, 328 f = SozR § 168 Nr 12; vgl auch <u>BVerfGE 51, 115</u>, 124 f = SozR 4100 § 112 Nr 100). Der Senat schlieÃ∏t sich dem an und verkennt nicht, dass der pr\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\) ventive Charakter der Arbeitsf\(\tilde{A}\)\(77 ff SGB III) im Vergleich zu dem Rechtszustand zur Zeit der Entscheidung des BVerfG weniger ausgeprĤgt ist. Institutionell sind jedoch weiterhin Leistungen der ArbeitsfĶrderung auch für Soldaten möglich, die frühzeitig in den Ruhestand getreten sind und sich einem zivilen Beruf zugewandt haben. Ob sie individuell in Betracht kommen, ist für die verfassungsrechtliche Betrachtung nicht erheblich (BVerfGE aaO 327).
- 4.4 Aus der von der Revision herangezogenen Rechtsprechung des BVerfG zur sozialversicherungsrechtlichen Behandlung von Einmalzahlungen, insbesondere zum Gebot gleichen Erfolgswerts von Beiträgen bei Versichertengruppen mit gleicher Beitragsleistung (BVerfGE 92, 53, 71 = SozR 3-2200 § 385 Nr 6; BVerfGE 102, 127, 142 = SozR 3-2400 § 23a Nr 1) lässt sich Gegenteiliges nicht herleiten. Dies gilt schon deshalb, weil das BVerfG hier die Aussage, eine versicherungsmathematische Ã□quivalenz von Beitrag und Leistung sei verfassungsrechtlich nicht geboten, mit Hinweis auf seine frÃ⅓heren Entscheidungen ausdrÃ⅓cklich bestätigt hat (BVerfGE 92, 53, 71 = SozR 3-2200 § 385 Nr 6). Die Rechtsprechung zu Einmalzahlungen bezieht sich ausschlieÃ□lich

auf die Bemessung von kurzfristigen Entgeltersatzleistungen, die nicht von ZufĤlligkeiten der Lohnzahlung abhĤngig sein soll. Auf die begrenzte Tragweite dieser Entscheidungen hat der Senat schon in anderem Zusammenhang hingewiesen (BSG DBIR 4722 b, AFG/§ 112). Die Aussage, einer Entrichtung von BeitrĤgen mýssten auch Leistungen entsprechen, lässt sich ihnen nicht entnehmen. Eine solche Aussage wäre auch mit der Eigenart einer Risikoversicherung nicht vereinbar. Beschäftigte werden ohne Rýcksicht auf ihr individuelles Arbeitslosigkeitsrisiko zur Beitragsleistung herangezogen (BVerfGE 51, 115, 124 f = SozR 4100 § 112 Nr 10).

5. Da die Entscheidung des LSG weder auf einer Gesetzes- noch auf einer Verfassungsverletzung beruht, kann die Revision des KlĤgers keinen Erfolg haben.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u>.

Erstellt am: 08.03.2004

Zuletzt verändert am: 20.12.2024